

Starker Behördenabbau in Preußen

Herabsetzung der sachlichen Jahresausgaben von 900 auf 250 Millionen Mark.
Lehrerpenfionierung mit 62 Jahren.

Der Inhalt der neuen Notverordnung.

Von unserer Berliner Redaktion.

+ Berlin, 18. Dezember. (Draht.)

Das preußische Kabinett hat am Freitag nachmittag die Notverordnung verabschiedet, die den Ausgleich des Etats 1932/33 bringen soll. Bekanntlich hat sich bei der Aufstellung des Etats ein Defizit von 850 Millionen Mark ergeben. Da die preußische Staatsregierung den allergrößten Wert darauf legt, unter allen Umständen einen ausgeglichenen Etat vorzulegen, hat sie sich zu Sparmaßnahmen entschließen müssen, die in der neuen Notverordnung enthalten sind.

Wie verlautet, rechnet Preußen aus der erhöhten Umsatzsteuer mit einem Mehrbetrag von 90 Millionen Mark. Durch Ersparnisse bei der Besoldung sollen 80 Millionen Mark eingespart werden. Durch organisatorische Maßnahmen werden rund 100 Millionen Mark erspart. Diese drei Posten machen zusammen 270 Millionen Mark aus, jedoch ein Defizit von 80 Millionen Mark immer noch zur Ausgleichung des Etats verbleibt. Ueber diesen Restbetrag wird noch verhandelt. Ob neue Steuern notwendig werden oder andere Maßnahmen, kann erst die Zukunft ergeben. Vielleicht läßt es sich ermöglichen, durch eine andere Schlüsselung bei der Umsatzsteuer einen Teil des Defizits noch zu decken.

Wie mit Bestimmtheit verlautet, bezieht die neue Notverordnung eine erhebliche Vereinfachung der Behördenorganisation.

Bei der Postverwaltung soll die Zahl der Oberpostdirektoren um 40 vermindert werden.

In Westfalen werden wahrscheinlich kommen 10 Oberregierungs- und Forstärzte und 40 Oberförster. An Orten, in denen es mehrere staatliche Kasernen gibt, z. B. eine Kreisstadt, eine Schulstadt usw., sollen diese Kasernen nach Möglichkeit all zu einer Kasse zusammengelegt werden.

Die Eichungsdirektionen werden als selbstständige Behörden aufgehoben und ihre Aufgaben gehen auf die allgemeine Verwaltung über. Aufgehoben werden neun Gewerbeaufsichtsamter. Die Zahl der Fachschulen wird vermindert.

Während die Leistung des Staates für jeden Berufs-schüler bisher 20 Mark betrug, soll dieser Betrag auf 12 Mark herabgemindert werden.

In der Bergverwaltung ist die Aufhebung von vier Bergregierungen vorgesehen. Die Namen scheinen noch nicht festzulegen. Ferner hören wir, daß 60 Amtsgerichte aufgehoben werden. Ebenso dürfte es zutreffen, daß die Zahl des Kreises vermindert wird.

Eine Entschädigung ist noch nicht gefallen. Die näheren Einzelheiten bleiben Ausführungsbestimmungen vorbehalten. Der preußische Minister des Innern ist beauftragt, die erforderlichen Feststellungen zu treffen und dabei besonders zu beachten, daß eine Beeinträchtigung der Interessen der Bevölkerung so weit wie möglich vermieden wird. Ebenso wie die Zahl der Kreise, soll auch die Zahl der Regierungen vermindert werden.

An Orten, wo die Ämter von Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten zusammengefallen, erfolgt eine Zusammenlegung der beiden Stellen. Mit Bestimmtheit kann gesagt werden, daß die Landeskulturämter und das Oberlandeskulturamt aufgehoben werden.

Die Aufgaben der Landeskulturämter gehen auf die allgemeine Verwaltung über. Die Arbeit des Oberlandes-kulturamtes wird dem Oberverwaltungsgericht übertragen. In der Landwirtschaftsverwaltung werden viele Forschungsanstalten und Institute der landwirtschaftlichen Verwaltung und auch das Kulturbauamt aufgehoben. Die Regelung im einzelnen ist dem preußischen Landwirtschaftsminister übertragen. Die Geflügelverwaltung muß ihre Ausgaben sehr einschränken. Bisher betrug sie jährlich acht Millionen Mark. Rünftig werden sie nur noch zwei Millionen Mark betragen.

Auf dem Gebiet des Hochschulwesens wird unter allen Umständen eine Senkung der sachlichen und personellen Ausgaben durch organisatorische Maßnahmen durchgeführt werden. Die Kunstakademien in Königsberg, Kassel und Breslau werden geschlossen. Von den staatlichen Bühnen werden nur in Berlin die Staatsoper Unter den Linden, und das Staatliche Schauspielhaus am Gendarmenmarkt weitergeführt. Das Schillertheater in Berlin wird geschlossen und der staatliche Zuschuß für die 1930

mit der Einverleibung von Hessen und Nassau über-nommenen Staatstheater in Kassel und Wiesbaden hört auf. Auch die preußische Hochschule für Leibesübungen wird aufgehoben.

Von den 15 vorhandenen pädagogischen Akademien werden neun aufgehoben. Nur sechs sollen weiter bestehen. Soweit wir unterrichtet sind, bleiben die katholischen Akademien in Bonn und Bielefeld erhalten. Welche vier anderen Akademien noch erhalten werden sollen, unterliegt noch der Prüfung.

Die weibliche Abteilung der Berufspädagogischen Akademie in Frankfurt am Main wird im Laufe der Zeit geschlossen. Schülerinnen sollen nicht mehr aufgenommen werden. Die bisherigen Bestimmungen, daß die Gemeinden das Schulgeld nur bis zu einem bestimmten Betrag festsetzen dürfen, wird durch die Notverordnung beseitigt. Bei der staatlichen Fürsorge-erziehung werden acht Millionen Mark erspart, jedoch künftig nur noch 15 Millionen Mark dafür verwendet werden.

Unter den neuen Maßnahmen muß natürlich auch das Städtewesen stark leiden. Es wird sehr eingeschränkt. Gelder werden von Preußen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden können. Dagegen will die preußische Regierung aus staatlichem Domänenland 50000 Hektar, d. h. 200000 Morgen für Anlagengeldungen und für neue Städtler bereitstellen.

Für Lehrer wird vom 1. April 1932, ab die Altersgrenze auf 62 Jahre herabgesetzt. Bisher war es bei Lehrern üblich, daß sie bei Erreichung des 60. Lebensjahres ohne zeitlichen Nachweis der Dienstunfähigkeit freiwillig aus dem Dienst ausscheiden konnten. Diese Regelung gilt in Zukunft auch für alle übrigen Beamten.

Die Zuschüsse zur Pflanzenerziehung der beiden Konfessionen werden entsprechend der allgemeinen Besoldungsstärkung vermindert. Wie mit Bestimmtheit verlautet, sollen in der Notverordnung weitere Kürzungen dieser Zuschüsse nicht enthalten sein. Die Schulaufsichtsstellen werden eine neue Organisation

erfahren. Es sollen angeblich 50 Kreisschulräte eingespart werden. Weiter hören wir, daß auch 50 Versicherungsämter in freisangehörigen Städten aufgelöst werden sollen. Die Einführung der Schlichter ist in der Notverordnung nicht enthalten. Ob sie endgültig in der Verfertigung verschwunden ist, steht zur Stunde noch nicht fest.

Wie stark die Einsparungen in Preußen aus, geht daraus hervor, daß die sachlichen Ausgaben noch vor zwei Jahren 900 Millionen Mark betrugen und jetzt nur noch etwa 250 Millionen Mark ausmachen.

Die Schulsumme Preußens beläuft sich auf ungefähr 750 Millionen Mark. Zur Abtragung dieser Schuld wird ein Schulbeteiligungs-gesetz vorbereitet, in dem voraussichtlich die Bestimmungen enthalten sein wird, daß die Schulden jährlich um 75 Millionen Mark getilgt werden, jedoch in zehn Jahren der ganze Betrag aus dem Etat verschwunden ist.

Die Notverordnung wird voraussichtlich am Montagabend der Presse übergeben, jedoch am Dienstag vormittag die Öffentlichkeit davon Kenntnis nehmen kann.

Das Mietskündigungsrecht nach der neuen Notverordnung.

... Berlin, 18. Dezember.

Nach der neuen Notverordnung haben die Mieter von Wohn- und Geschäftsräumen das Recht, einen über den 31. März 1932 hinaus laufenden Mietvertrag vorzeitig zu diesem Termin zu kündigen. Der Mieter kann aber nicht kündigen, wenn er sich in der Vermietung im Jahre 1931 auf eine Ermäßigung des Mietzinses um mindestens 20 v. H. geeinigt hat oder noch einigt. Von verschiedenen Seiten ist gewünscht worden, dem Hauseigentümer zu ermöglichen, die Kündigung schon durch das bloße Angebot einer 20prozentigen Ermäßigung abzuwenden. Das Reichskabinett hat die Angelegenheit erneut erörtert, jedoch von der angeregten Maßnahme abgesehen.

Die hiervon unabhängigen Durchführungsbestimmungen zu den Kündigungs-vorschriften werden beschleunigt vorbereitet.

Eine englische Reparations- note an Frankreich.

Endgültige Regelung gefordert.

× London, 18. Dez.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ glaubt, über den Inhalt der britischen Antwortnote auf die französische Reparationsnotiz mitteilen zu können, daß die Note zur Hauptsache aus einer Erörterung der allgemeinen Grundsätze besteht, die die britische Regierung bei den kommenden Verhandlungen beobachtet sehen möchte. Detaillierte Vorschläge blieben der in Kassel tagenden Sachverständigenkonferenz überlassen.

Die Note soll u. a. eine Uebersicht über die Wirkung der Reparationen und Kriegsschulden enthalten, die als Hauptursache der jetzigen Weltwirtschaftskrise dargestellt wird. Der Korrespondent will wissen, daß die britische Regierung die Auffassung vertritt, die Befriedigung oder Linderung dieser Ursache wäre das wirksamste und schnellste Mittel zur Heilung der Krise. Die Lage in Deutschland werde von der britischen Regierung als Schlüssel der europäischen Krise angesehen; ihr zu begegnen, mache die britische Regierung sich die Argumente zu eigen, die dafür sprechen, Deutschland in die Lage zu bringen, seine kurzfristigen Anleihen zu bezahlen. Um die Wege zu bezeichnen, auf denen das gitierte Problem gelöst werden könne, werde der Wigginsbericht zitiert. Die britische Note soll sich auch mit der französischen These befassen, daß die Reparationszahlungen einen wesentlichen Beitrag zur Bezahlung der Kriegsschulden abwerfen müßten. Würde dieser Grundlag akzeptiert werden, dann würde Frankreich unter Umständen nur in eine Herabsetzung der Reparationszahlungen um einen solchen Betrag einwilligen, der Frankreich von seinen Kriegsschulden erlassen wird. Ein solches Verfahren würde Frankreich einen neuen Vorteil bringen.

In der Note soll bei der Erörterung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands als ein neu erscheinendes Argument darauf verwiesen werden, daß Deutschland während der letzten Jahre durch Anleihen aus Großbritannien am Leben erhalten und in den Stand gesetzt wurde, Reparationszahlungen zu leisten,

sowie durch Großbritanniens Politik der offenen Tür eine günstige Handelsbilanz zu erzielen. Großbritannien habe einen gewaltigen Teil der wirtschaftlichen Lasten des übrigen Europas aus seiner eigenen Tasche bezahlt. Allein Großbritannien sei nicht mehr imstande, sich eine solche Politik länger leisten zu können.

Der „Times“-Korrespondent erklärt abschließend, daß die Note die Dringlichkeit des Kriegsschulden- und Reparationsproblems betone. Sie fordere nachdrücklich eine endgültige Regelung. Vorübergehende und halbe Maßnahmen genügen nicht mehr. Daraus dürfe aber nicht geschlossen werden, sagt der Korrespondent, daß die Note irgendwelche aggressive Töne anschläge. Vielmehr sei sie in einer sehr vernünftigen und freundschaftlichen Form gehalten.

„England hat die Reparationen satt“

× Paris, 18. Dez.

Der englische Delegierte auf der Sachverständigenkonferenz in Kassel, Layton, hat nach einem Bericht der „Journée Industrielle“ gestern dem Leiter einer großen Bank folgendes erklärt: England hat die Reparationen satt. Wir werden das Pfund Sterling solange nicht stabilisieren, solange die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas durch die Druck der Reparationen paralysiert wird.

Ein Urteil über die Lage in Deutschland.

× London, 18. Dez.

Im „Daily Herald“ schreibt Bernard Bartlett, eine bekannte Autorität für Währungsfragen, zur Lage in Deutschland: Keine politische Partei würde die dem Volke auferlegten Opfer gutheißen, wenn nicht Dr. Brüning wegen seiner großen Beharrlichkeit und seines Mutes die größte Währungswende in der Geschichte der Welt durchzuführen wüßte. Der Reichsfinanzminister ist offenbar ein Zerknirschter. Er hat es im Kampf um die Idee der Demokratie und der Idee der Diktatur einen Sieg gewonnen. Jetzt steht es so aus, als ob Dr. Brüning, wenn er es wünscht, seine jetzige Koalition aufrechterhalten kann, ohne weitere Unterstützung nach rechts zu suchen.

Tagesfragen.

Die Gebühren der Reichspost.

Die Reichspost (part auf Grund der vierten Notverordnung des Reichspräsidenten an Gehältern und Löhnen etwa 120 Millionen Mark. Die Vollerhebung dieses Betrages erwartet das Reich, um damit den Etat auszugleichen, dagegen fordert die Wirtschaft, daß er zur Herabsetzung der Postgebühren verwendet wird, die bekanntlich durchweg um 50 Prozent höher sind als vor dem Kriege. Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Reichspost unterstützt im wesentlichen diese Forderung. Er hat sich, wie uns aus Berlin gemeldet wird, auf dem Standpunkt gestellt, daß die durch die neuen Lohn- und Gehaltssteigerungen bei der Reichspost ersparten Mittel der Reichspost verbleiben müssen und demnach über den bereits jetzt von der Reichspost dem Reich zur Verfügung gestellten Jahresbetrag von rund 240 Millionen M. hinaus eine weitere Vollerhebung im Hinblick auf die finanzielle Lage der Reichspost und auf dringende Belange der Wirtschaft nicht stattfinden darf. Der Arbeitsausschuß beschloß ferner, daß die Ersparnisse der 4. Notverordnung vor allem zur Ermäßigung der Gebühren in dem allgemein auch von der Wirtschaft verlangten Rahmen, ferner zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Reichspost und zur Vermeidung sozialer Härten im Arbeitsverhältnis der Beschäftigten verwendet werden sollen. Die Wirtschaft hat vor allem die Rückkehr zur Zehnprozent-Vielmarkte gefordert, ferner erhebliche Ermäßigung der Drucksachengebühren sowie der stark übersteuerten Telefon- und Telegrammkosten. Jedermann wird zwar diese Forderungen unterstützen. Wir aber als Zeitung haben darüber hinaus noch einen durchaus begründeten Wunsch. Das ist die Revision der Zeitungsaufstellungsgesetze.

Diese sind tatsächlich außerordentlich hoch. Die Zustellungsgebühr einer siebenmal wöchentlich erscheinenden Zeitung mit einem täglichen Durchschnittsgewicht unter 50 Gramm z. B. beträgt 42 Pfennig. Dazu kommen noch die Abnahme- und Verteilungskosten. Als nun die Post vor einigen Jahren diese hohen Gebühren einfuhrte, da gingen die Zeitungsverlage dazu über, die Zeitungen, wo es eben möglich war, durch eine eigene Organisation den Verlegern zuzuführen, also auch auf dem Lande möglichst so wie am Verlagsort. Diese Art der Zustellung, zu der man Autos oder Radfahrer einstellte, erwies sich als billiger als die Zustellung durch die Post. Die Erhöhung der Zustellungsgebühren hatte also zur Folge, daß sich die Zahl derjenigen, die die Zeitung durch die Post geliefert bekommen, ganz erheblich verringerte, bei einem um bekannten Zeitungsverlagern beispielsweise von 30 000 auf 10 000, also um zwei Drittel. Nun ist die Post zur Verkräftung der Landbestellung übergegangen. Daß diese rentabel ist, wird man stark bezweifeln müssen, wenn man sieht, wie schwach beladen die „verkräfteten“ Landpostboten in ihren Bestellungsbezirk fahren. Es brauchte jedenfalls kein einziger Briefträger neu eingestellt zu werden, wenn die Post durch eine vernünftige Gebührenpolitik es den Zeitungsverlagen ermöglichte, wie früher wieder allgemein die Zeitungen außerhalb des Verlagsortes durch die Post an die Agenturen, Zeitungsboten und Bezahler auf dem Lande gelangen zu lassen. Aber die Reichspost nimmt in dieser Hinsicht bisher einen sehr bürokratischen Standpunkt ein. Sie läßt lieber ihre „verkräfteten“ Landposten ohne ausreichende Beladung verkehren, anstatt daß sie den Verlagen durch einen Preis entgegenkäme, der deren Selbstkosten bei der jetzigen Art ihrer Zustellung nicht übersteige oder richtiger noch darunter läge. Die Reichspost würde dann aus der Zeitungsverlagewelt weit größere Einnahmen haben als jetzt, und ihr Landbestellungsnetz würde dadurch rentabel werden. Es ist aber völlig untaufmännisch, an den hohen Gebühren hängen zu bleiben und sich dadurch ein Geschäft entgegen zu lassen, das mit kleinem Nutzen im Einzelfalle leicht wieder auf dem großen Umfange führen könnte, den es früher auf diesem Gebiete einmal gegeben hat. Wir möchten der Reichspost empfehlen, diesem Gedanken näher zu treten. Werden die Zeitungsgebühren in vernünftiger Weise gesenkt, dann kann sie damit rechnen, daß der Zeitungsbestellungsnetz sich neuer Blätter gelangt und jedenfalls erheblich mehr einbringt als jetzt, mag auch die Zustellung als Einzelleistung nur so gering bezahlt werden, daß diese Bezahlung für sich genommen nur als kümmerliche Entschädigung angesehen werden könnte. Aber das ist ja eben das Falsche, daß man, wie uns scheint, diese Leistung heute noch als Leistung für sich kalkuliert, anstatt sie als leicht zu bewältigende Mitwirkung anzusehen und die vielen Tausende von Mark, die sie in jedem Postdirektionsbezirk allmonatlich einbringt, mit Vergleichen über die Befriedigung des heutigen privaten Zeitungsbedienstes auf der Einnahmenseite zu verbinden. Der Kaufmann nimmt heute gern jedes Geschäft mit, die Deutsche Reichspost dagegen steht an ihren fiskalischen Erwägungen und läßt sich das Zeitungsbestellungsnetz zum größten Teil entgehen. Daß sie für die häufiger als siebenmal wöchentlich erscheinenden Blätter infolgedessen eine Ermäßigung hat eintreten lassen, als sie von jetzt ab die bei den Postanstalten bestellten Stände nach der Zahl der regelmäßigen wöchentlichen Ausstragungen am Abfahrtsort statt nach der Häufigkeit des Erscheinens der Zeitungen berechnen will, kommt nur einem Teil-

nen Teil der deutschen Blätter zugute, für die große Masse macht es nichts aus. Es handelt sich auch nur um den Verlust auf eine Dagebung für eine nicht ausgeführte Leistung.

Radikalismus in der Landwirtschaftskammer.

Das Ergebnis der Wahlen zu den Landwirtschaftskammern in Preußen zeigt eine starke Radikalisierung, weniger allerdings hier im Westen als im Osten. Am stärksten ist dies in Brandenburg der Fall. Dort hat die Kammer 85 Nationalsozialisten und 23 Landbändler. In der Ostpreußen Landwirtschaftskammer sitzen 19 Landbändler, drei Mitglieder vom Bauernverein und 16 Nationalsozialisten. Und diese Landwirtschaftskammer hat sich gerade jetzt unter dem Einfluß der Nationalsozialisten ein Stück geleistet, an dem man nicht vorbeigehen kann, ohne darüber sein Verwundern zum Ausdruck zu bringen. Sie hat sich nämlich auf das politische Gebiet begeben und einen Bescheid gefaßt, der sich gegen niemand anders als den Reichspräsidenten und die Reichsregierung richtet. Ausgerechnet diese Kammer der ostpreussischen Landwirtschaft, um die sich seit Jahr und Tag Reichspräsident und Reichsregierung in ganz besonderer Weise kümmern, hat durch Mehrheitsbeschluß ihren Präsidenten Dr. Brandes aufgefordert, er solle beim Reichspräsidenten vorstellig werden, daß dieser „sowohl für seine Person als für das derzeitige Reichsland die Weg alsbald freimache für Männer, die aus Kampf und Glauben zusammengekommen sind, nicht nur in der Lage sind, nicht nur die Landwirtschaft, sondern das ganze Volk zu retten.“ Der Kammerpräsident hat nun versucht, diesen Bescheid, mit dem die Kammer natürlich ihren Aufgabenbereich überschritten hat, als harmlos hinzustellen. Er hat durch die Presse mitteilen lassen, daß er an den Reichspräsidenten geschrieben und die Angelegenheit „harmlos“ habe. Der Bescheid der Kammer ist so, wie ihn die „Preussische Zeitung“ veröffentlicht hat, aus dem Zusammenhang gerissen und dadurch mißverstanden worden. Die Landwirtschaftskammer erhebt ohne weiteres die großen Verdienste des Reichspräsidenten um die Provinz Ostpreußen und ihre Landwirtschaft ebenso wie den aufrichtigen Willen, der Landwirtschaft zu helfen, an. Sie wünscht nur eine Änderung des Systems dahingehend, daß der Reichspräsident mehr Machtmittel in die Hand gegeben werden, damit er in der Lage sei, seinem Willen, der ostpreussischen Landwirtschaft zu helfen, mehr Nachdruck zu verleihen. Von dieser Deutung des Beschlusses will aber das nationalsozialistische Königsberger Blatt, die „Preussische Zeitung“, nichts wissen. Der Bescheid der Landwirtschaftskammer gab ihr am Mittwoch Veranlassung, ihn auf der ersten Seite mit der Überschrift: „Ostpreußen fordert: Rüdert Hindenburg“, und am Donnerstag wieder sich das Blatt gegen die Interpretation des Kammerpräsidenten mit den Worten:

„Der Präsident Brandes hätte Gelassenheit gehabt, als er den Antrag zur Abstimmung stellte, eine Änderung dahingehend zu beantragen, daß aus der Geschäftsleitung die Worte: „sowohl für seine Person“ gestrichen würde. Das hat er nicht getan. Die ostpreussische Landwirtschaftskammer hat somit mit Zweidrittelmehrheit den Reichspräsidenten gebeten, zu rüden. Wir sind der Auffassung, daß ein Kammerpräsident zurücktreten muß, wenn er nicht rechtzeitig seinen Standpunkt der Kammer unterbreitet, sondern wenn er nachträglich zu anderen Überlegungen kommt, die dem klaren Bescheid der überlegenden Mehrheit der Landwirtschaftskammer zuwiderlaufen.“

Undant ist ja zwar der West-Rhein, aber dieser Bescheid der ostpreussischen Landwirtschaftskammer ist geradezu ein Skandal. Die preussische Staatsregierung wird ihn nicht einfach passieren lassen können, sondern sie wird der Kammer sehr deutlich zum Verständnis bringen müssen, daß sie nicht nur eine bedauerliche Taktlosigkeit begangen, sondern auch ihrem Präsidenten einen Auftrag erteilt hat, der außerhalb ihres Aufgabenbereichs liegt. Der Bescheid ist durch das Zusammenwirken von Nationalsozialisten und Landbändlern zustande gekommen. An Radikalismus unterscheiden sich die beiden Richtungen kaum. Der Reichslandbund war ja schon vor dem Kriege, als er sich noch Bund der Landwirte nannte, durch die systematische Schürung der Unzufriedenheit seiner Mitglieder bekannt. Daher ist es auch für die Politik des Reichslandbundes nicht wesentlich, daß in sein Präsidium jetzt ein Nationalsozialist gewählt worden ist, damit er die Verbindung zu der Partei Hitler herstelle.

Preussens zweite.

Den von uns heute mitgeteilten Inhalt der am Anfang nächster Woche zu erwartenden zweiten Notverordnung der preussischen Staatsregierung zur Sicherung des Haushautes darf der Leser als eine zuverlässige Information ansehen. Diese Inhaltsangabe läßt deutlich erkennen, zu welcher drastischen Maßnahmen die Staatsregierung sich gezwungen sieht, um den Etat ins Gleichgewicht zu bringen. Abbaumaßnahmen auf der ganzen Linie! Für viele Gemeinden wird die Notverordnung sehr unangenehme Bestimmungen bringen. Denn die Aufhebung von Amtsgerichten, Landratsämtern und anderen Behörden ist doch für sie eine bittere Angelegenheit. Es scheint, daß die Namen der Kreise, die zusammengelegt werden sollen, in der Notverordnung noch nicht genannt werden. Sie dürfen wohl erst in den Durchführungsbestimmungen aufgeführt werden. Aber es ist sicher zu erwarten, daß darunter, wenn es zu der Zusammenlegung kommt, besonders viele hannoversche Kreise sein werden. Auch von westfälischen und rheinischen Kreisen war in früheren Informationen gelegentlich die Rede. Die Jungferner werden es ohne Frage sehr begrüßen, daß jetzt alle Lehrer und Lehrerinnen über 62 Jahre pensioniert werden sollen. Die so vorzeitig in den Ruhestand Geschickten dagegen werden sicher diese Freude nicht eintütig teilen. Sollte es sich bestätigen, daß man sie zunächst mit 80 Prozent ihres Gehaltes pensionieren und ihnen erst nach Vollendung ihres 65. Lebensjahres 75 Prozent geben will, so wäre das gewiß etwas Bässam auf die Wunde, aber der Tatbestand würde doch immerhin bleiben, daß sie 20 Prozent ihres jetzigen Einkommens vorzeitig verlieren.

ganz abgesehen davon, daß es sich um meist noch sehr schaffensfähige Männer und Frauen handelt, die den Schuldienst verlassen sollen, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Man kann schon die Proteste gegen diese neuen harten Maßnahmen ablesen. Sie sind gewiß berechtigt und verständlich. Aber ohne Härten kommen wir ja überhaupt nicht durch die schlimme Notlage hindurch. Ob auch die Studienräte vorzeitig pensioniert werden sollen, wissen wir noch nicht. Es spricht aber vieles dafür, daß man sie genau so behandelt wie die Volksschullehrer, weil ja auch an Philologen ein sehr starker Nachschub da ist, der heute unbefähigt seine Tage verbringen muß, und weil für alle Schulen die Gefahr der Überalterung besteht.

Der Endkampf in Basel.

Der Bericht über die Reichsbahn.

Die Vollversammlung des Sonderausschusses hat sich heute mittag zwei Stunden mit dem Bericht des Sonderausschusses für die Reichsbahn beschäftigt. Sie hat ihn gutgeheißen und dem Redaktionsausschuß zur Berichterstattung für das Gutachten überwiesen. Auch im Untersuchungsausschuß ist der Bericht einstimmig angenommen worden.

Der Bericht vergleicht zunächst die aus den günstigen Jahren 1925 bis 1929 erzielten Betriebsüberschüsse, die die Reichsbahn auch infolge der Reparationen zu tätigen und einen Betriebskoeffizienten von 81 bis 85 v. H. aufwies mit den Verlusten der Jahre 1930 bis 1931, wo ein Einnahmestückgang von nicht weniger als 1 1/2 Milliarden zu verzeichnen ist, d. h. 28 v. H. weniger als von 1925 bis 1929. Die Reichsbahn sei dadurch gezwungen, auf ihre Reserven zurückzugreifen und daraus ihre Lasten, darunter auch die Reparationen, zu bestreiten. Für das folgende Jahr entwirft der Untersuchungsausschuß die Auffassung, daß es der Reichsbahn unmöglich sein werde, ihren Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Ueber die voraussetzliche Entwicklung der Lage der Reichsbahn in den folgenden Jahren äußert sich der Untersuchungsausschuß nicht. Sie hänge ab von der Weiterentwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage sowie von den Maßnahmen, die die Gesellschaft in Bezug auf Tarifgestaltung und Ausgaben einlegen werde. Trotz allem ergäben die vom Ausschuss vorgelegten Ziffern zusammen mit den festgestellten Tatsachen und den von den Sachverständigen vorgenommenen Vergleichen, daß, sobald einmal Deutschland wie die ganze Welt ihr Gleichgewicht wieder gewonnen hätten und zu regelmäßigen wirtschaftlichen Verhältnissen zurückgekommen sein würden, die Reichsbahn in der Lage sein werde, einen reinen Betriebsüberschuß zu erzielen, der dem von anderen Bahngesellschaften erzielten Betriebsüberschuß vergleichbar sei.

Die parlamentarische Erledigung des Hoover-Moratoriums.

Zustimmung im Arbeitsausschuß des Repräsentantenhauses.

Washington, 18. Dezember. Nach Annahme der Empfehlung zum Hoover-Moratorium hat der Arbeitsausschuß des Repräsentantenhauses dem Hoover-Moratorium zugestimmt. Die Annahme erfolgte mit 21 gegen 4 Stimmen. Der Ausschuss weist in seinem Bericht darauf hin, daß die Zustimmung von Geldern aus Deutschland aufgehört habe. Bevor der Ausschuss für die Billigung des Moratoriums ausprach, nahm er einen Zusatzantrag an, in dem es heißt, daß eine Annulierung oder Herabsetzung der ausländischen Schulden im Widerspruch mit der Politik des Kongresses stehen würde. Heute wurde den ganzen Tag im Plenum des Repräsentantenhauses darüber beraten, und man hofft, am Samstag die Abstimmung vornehmen zu können. Ob auch der Senat noch vor den Weihnachtstagen über den Gegenstand abstimmen kann, ist zweifelhaft, da der Zusatz gegen eine Herabsetzung der ausländischen Schulden die Lage vergrößerte.

Preispruch Pfirners.

Kundgebungen im Gerichtssaal.

Gratz, 18. Dezember. In der Freitagssitzung im Pfirner-Prozess führte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer u. a. aus, die Urhebers des Putschs hätten aus den Putschern von Rapp und Hittler nichts gelernt.

Da die Bestimmungen über den Hochverrat, die in der Monarchie gegolten hätten, nicht aufgehoben worden seien, so gelte es auch heute noch. Eigentümlich scheint es, daß sich Pfirner, der sich als Gegner der Legitimität gebürde, mit seiner Beweisführung sich hinter das legitime Prinzip verberge. Wenn sich große Volksmassen hinter einen Verfassungsbruch stellen, so entzweige sie im Jahre 1918 ein neues Staatsleben. Kämpfer gegen den Hochverrat müßten aber bestraft werden. Pfirner habe im wesentlichen ein Gebührens abgelegt, wenn er erklärte, daß er mit dem Aufgebot eines Diktators die Regierung habe ausüben wollen. Sein Verfassungspatent sei nichts anderes als die Diktatur. — Sodann kamen die fünf Anwälte der sieben Mitangeklagten Pfirners zu Wort. Dann nahm der Staatsanwalt noch einmal das Wort. Er sagte u. a. ein Preispruch würde zur Folge haben, daß sich alle 14 Tage ein Putsch ereignen würde. Einer der Verteidiger erwiderte darauf sehr erregt: „Wenn die Geschworenen wünschen, daß ihnen der rote Hahn aus der Hand gelöst werde...“ Die weiteren Ausführungen des Verteidigers gingen in laibhaften Beifallstürmen unter. Da die Kundgebungen nicht nachließen, wurde schließlich auf Anweisung des Vorsitzenden von der Justizwache und der Polizei der Saal geräumt.

Gratz, 18. Dezember. Die Geschworenen vernahmen die Fragen, ob Pfirner und Kammerhofer des Hochverrats schuldig seien; auch bei den übrigen Angeklagten wurde die Schuldfrage verneint. Hierauf verkündigte der Gerichtshof das preisprechende Urteil.

Mutmaßungen über den Schlußbericht.

Basel, 18. Dezember. Alles deutet darauf hin, daß die Arbeiten allmählich ihrem Ende entgegengehen. Das Interesse konzentriert sich immer mehr auf den Vorbericht befindlichen Schlußbericht, für den die Materialzusammenstellung fast so gut wie beendet ist. Die Einzeluntersuchungen, so z. B. über die deutsche Zahlungs- und Handelsbilanz, die deutsche Budgethaltung, die Lage der Reichsbank usw., werden vermutlich in dem zweiten Teil des Berichtes in Form von Anlagen ausführlich wiedergegeben werden. Ueber den Stand der Arbeiten wird nach wie vor von den Beteiligten strenges Stillschweigen geübt. Was bis jetzt hier und da über den angeblichen Inhalt des Berichtes verlautet, beruht lediglich auf Kombination und hat keinerlei Anspruch auf Authentizität. Dazu gehört auch wohl folgende Meldung der Telegraphen-Union: Der Sonderausschuß hat festgestellt, daß es mehr als fraglich sei, aus dem deutschen Reichshaushalt die Reparationszahlungen bei der Unlösbarkeit der Arbeitslosenfrage herauszuwickeln. Aus der Deutschen Reichsbahn hingegen sei das möglich, vorausgesetzt, daß die wirtschaftliche Konjunktur wieder aufwärts geht. Damit ist auch die Richtung, die das Gutachten nehmen wird, gewiesen. Der Sonderausschuß wird, wenn er das aussprechen sollte, daß für eine einseitige Unterbrechung der Reparationszahlungen einsehen, nicht aber für eine gänzliche Streichung. Frankreich erhält durch Annullierung der Möglichkeit einer Wiederaufnahme der ungelieferten Zahlungen also eine gewisse Genugtuung.

„Die Ursache allen Übels“.

London, 18. Dezember. Zu den Verhandlungen des amerikanischen Senats über das Hoover-Moratorium schreibt die „Financial Review“, daß niemand von England angeschlossen werden dürfte, der die Wiederaufnahme der Zahlungen am 1. Juli erwarten könne. Deutschland werde ganz sicher auf längere Zeit hinaus keine Reparationen leisten können, jedoch England aus dieser Quelle nichts erhalten werde und daher, wenn es nach den Wünschen des amerikanischen Senats ginge, seine Schulden aus eigener Kasse bezahlen müsse. Die „Times“ bemerkt, daß, wenn die Verhandlungen im Senat wirklich die amerikanische Ansicht wiederholen, sich dann die Wirtschaftslage in Amerika weiter verschlechtern müsse, weil die Ursache allen Übels, nämlich die Kriegsschuldenszahlungen, nicht beseitigt würde.

Wüster Rüm im österreichischen Nationalrat.

Wien, 18. Dezember. Im österreichischen Nationalrat kam es am Freitag zu wüsten Räumungen bei der Erörterung einer sozialdemokratischen Anfrage wegen der Waisberger Vorfälle. Bei der Begründung der Anfrage erklärte der Sozialdemokrat Wustsch, er wolle gar nicht leugnen, daß sich Waffen in den Händen der Arbeiter befänden. Glauben Sie, daß die österreichischen Arbeiter sich abschalten lassen? Die Arbeiterkraft sei entschlossen, die Republik mit allen Mitteln zu verteidigen. Nun gingen die Zwischenrufe und der Lärm, die bereits während der Rede eingelegt hatten, mit verstärkter Heftigkeit los. Vom Helmbold wurde unter Hinweis auf den Abgesandten Wallisch, der bei der ungelassenen Rätebildung wog, gerufen: „Sie wollen, wie man es zum Götzen macht.“ Während der Rede des Abgeordneten Deutsch (S.) wurden die Sozialdemokraten sprangen einige Abgeordnete von den Bänken und eilten auf die Heimabteilungsgeheule zu. Da es zu einem Handgemisch zu kommen schien, hob der Präsident die Sitzung auf. Der Präsident mußte die Abgeordneten schließlich aufordern, den Saal zu räumen, was allmählich geschah. — Nach Wiedereröffnung der Sitzung hat der Präsident die Abgeordneten die Würde des Hauses zu wahren und erteilte den Zwischenrufern Ordnungsstrafe. Abg. Deutsch legte darauf seine Rede fort. Die Sozialdemokraten hatten sich vor der Rede zurückgezogen. In ihrem Beifallstürmen gingen die Zwischenrufe des Heimabteiles unter. In dem allgemeinen Lärm blieb der Redner fast unvernehmlich. Deutsch erklärte u. a., die Gefahr liege darin, daß durch das Verhalten der Regierung und der bürgerlichen Parteien die Heimwehrpulschen ernsthaft würden. Es sei kein anderer Ausweg möglich als mit der Waffe. Wenn die Arbeiterklasse zu der Überzeugung komme, es gehe nicht anders, dann werde sie sich wehren. Die Sozialdemokraten hätten die Nachricht erhalten, daß die Heimwehr nicht nur die Waisberger Vorfälle wollten. Die Uhr ging fünf Minuten vor zwölf. Er rief den bürgerlichen Parteien zu, sie möchten sich der großen Verantwortung bewußt sein, die sie trügen. Die Sitzung wurde auf Sonnabend vertagt.

Senkung der Kleinhandelspreise für Kohle.

(Berlin, 18. Dezember.) Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat die Senkung der durch Händlerartikelle festgelegten Kleinhandelspreise für Steinkohle, Braunkohle, Preßkohle und Koks durch eine Bekanntmachung vom 18. Dezember 1931 verfügt. Er hat von der Festsetzung von Höchstpreisen Abstand genommen und will die Preislenkung unter Mitwirkung der Verbände durchführen. Die Bekanntmachung steht vor, daß die Verbände des Kohleneinzelhandels bis zum 1. Januar 1932 neue Preisbeschlüsse zu fassen. Die neu festzulegenden Preise müssen der Senkung der Preise der Kohlenproduzenten und Frachten voll Rechnung tragen und dürfen nur Handelspannen enthalten, deren Betrag um 15 Prozent gegenüber der bisherigen gestenkt ist. Auch Zuschläge, die etwa für bestimmte Arten der Lieferung oder für zusätzliche Leistungen festgelegt werden, sind um 15 Prozent zu senken.

Sollten sich die Verbände des Kohleneinzelhandels dieser Mitwirkung entziehen und die von ihnen festgesetzten Kleinverkaufspreise nicht dieser Anordnung entsprechend senken, so fallen die Verpflichtungen aus den Kartellverträgen fort, und der einzelne Kohlenhändler ist alsdann in seiner Preisstellung frei. Nach Fortfall der Kartellbindungen wird die Preislenkung sich im freien Wettbewerb vollziehen. Um Verlusten entgegenzuwirken, die Preise durch Empfehlungen zu fügen oder die Bestimmungen der Bekanntmachung zu umgehen, sind Umgehungsmaßnahmen ausdrücklich verboten.

Welche Postgebühren werden herabgesetzt?

(Berlin, 18. Dezember.) Der heutige Beschluß des Arbeitsausschusses des Verwaltungsrates der Reichspost, die Erparnisse der Notverordnung vor allem zur Ermäßigung der Gebühren zu verwenden, muß zunächst der Billigung des Verwaltungsrates unterbreitet werden, die voraussichtlich Anfang Januar zusammentreten wird. Wenn der Verwaltungsrat den Beschluß billigt, so hat nach der Reichsregierung ihre Zustimmung zu geben, daß die Reichspost die eingeparteten Beträge in diesem Sinne verwenden, anstatt sie der Reichskasse zuzuführen. Die Erparnisse werden im günstigen Falle auf 120 Millionen Mark belaufen. In Aussicht genommen ist die Senkung der Fernspreckgebühren im Orts- und Fernverkehr, des Drucksachen- und Paketpostos sowie der Rundfunkgebühren. Eine Ermäßigung des Briefpostos kommt nicht in Frage. Die Herabsetzungen können aber frühestens im Februar an Kraft treten.

Vorläufige Regelung der Gehaltskürzungen in Preußen.

(Berlin, 18. Dezember.) Das preussische Staatsministerium hat über die Gehaltskürzungen einen Rundbrief herausgegeben, in dem dem „Volksanleger“ zufolge, für den Fall, daß eine genaue Berechnung der Kürzungen im Einzelnen bis zur Zahlung der ersten Rate der Januarbezüge nicht mehr möglich sein sollte, angeordnet wird, daß die staatlichen Kassen bei dieser Zahlung allgemein von dem in der bisherigen Weise festgestellten Nettobetrag der Monatsbezüge für Januar 10 Prozent als vorläufige weitere Gehaltskürzung abziehen. Bei der Zahlung der restlichen Januarbezüge ist in allen Fällen der Ausgleich auf Grund der von der anwendenden Behörde endgültig errechneten Kürzung vorzunehmen.

Tagung des preussischen Zentrumsvorstandes.

(Berlin, 18. Dezember. (Draht.) Eine Sitzung des Großen Vorstandes der preussischen Zentrumspartei findet am 17. Januar 1932 statt. Das allgemeine politische Referat wird von Vorständen, Abgeordneten Dr. Heß, erstattet. Reichstagsführer Dr. Brüning wird voraussichtlich an der Tagung teilnehmen. Neben Wirtschaftsfragen sollen auch Fragen der Verwaltungsreform in Preußen behandelt werden.

Das Urteil im Werksespionage-Prozess.

(Duisburg, 18. Dezember.) Im Duisburger Werksespionage-Prozess wurde am Freitag, kurz nach 12 Uhr das Urteil gefällt. Es lautete gegen die Angeklagten: Seifert und Dienkowsky wegen eines fortgesetzten Vergehens gegen § 17, Abs. 1, und § 20 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb auf je 10 Monate Gefängnis, gegen den Angeklagten Heß wegen eines Vergehens der Beihilfe gegen § 17 in Tateinheit mit einem Vergehen gegen § 20 auf 10 Monate Gefängnis. Der Angeklagte Dehler, der seine mitangeklagte Ehefrau sowie der Angeklagte Heß werden freigesprochen. Soweit Freisprechung erfolgt, fallen die Kosten der Staatskasse zur Last. Die gegen Heß erteilte Strafe wird als durch die Untersuchungshaft verübt erklärt. Den Angeklagten Seifert, Dienkowsky und Schmid werden je acht Monate Untersuchungshaft angedroht.

Jack Diamond erschossen.

(New-York, 18. Dezember.) Der bekannte Chicagoer Unterweltkönig, Jack Diamond, ist am Freitag morgen in seinem Wohnhause während eines Gelages erschossen worden, das anläßlich seines Preispruches in einem Entführungsschande stattfand. Richtig erschienen zwei Unbekannte im Zimmer und eröffneten das Feuer auf Diamond aus Maschinenpistolen. Diamond erhielt viele Treffer in den Kopf, ins Gesicht und in den ganzen Körper. Die Täter entkamen unerkannt in einem Kraftwagen. Die Polizei, die erst am Freitag früh benachrichtigt wurde, nahm sofort die Untersuchung auf und verhört zunächst Frau Diamond, eine frühere Revuetänzerin, die an dem Gelage teilgenommen hatte, sowie die übrigen Gäste. Die Polizei und der Arzt, der den Tod festgestellt hatte, erhielten gleich nach der Mordtat mysteriöse Telefonanrufe. — Jack Diamond war ein berühmter amerikanischer Alkoholschmuggler und neben Al Capone der bekannteste Verbrecherkönig der Chicagoer Unterwelt. Auf ihn wurden in den letzten Jahren mehrere Moranschläge verübt, wobei er zum Teil schwer verwundet wurde.

Fuz

Die Anträge

Sind so zahlreich, daß nicht alle in der Fuz. Die Fuz. ist es zweckmäßig, es zu vermeiden, daß es zu vielen Nachfragen kommen kann.

Die Sammler

Winterferien, stellt haben, werden nachmittags 6-7 Uhr die Verwaltungsgang Realisultra Empfang der B einzufinden.

Verkauf

p. Bockholt, 18. morgen (Sonntag) bis 18 Uhr geöffnet.

Kein Wochen

p. Bockholt, 18. festes findet am 2. markt statt.

Die letzten Befor

— Bockholt, 18. der Winter am 1. so bald wie möglich der Beförderung erledigt haben, und die Freude bei selber ist es nicht mit ihren Beschlüssen als ob sie nicht in Einklang hätten werden. Ich schnell vorberichten wollen, weil es ist es höchste Zeit noch schnell in den nervös, weil sie mehr das richtige irgend etwas zu freilegung noch dem und wenn dann fällt so einem kann was er acht Tage legung sehr auf Bewußt für recht und frühzeitige Be-

Starke Rüd

§ Bockholt, 18. Reichsanstalt für Versicherung ist der Krankenstellen im 751 000 zurückgegangen. August um 240 000, dieser Abnahme 579 000, Krankentrassen 85 000, Innungstrassen 20 000, gegenüber Ende September der Krankenstellen im Der Versicherungsstellen oder 84,2 v. H., der oder 83,9 v. H., im v. H. In Jahresfrist pflichtigen um 1 787 000 merkwürdiger ist, daß Ortskrankenstellen im Betriebskrankenstellen, aus diesen die Kosten zurückzuführen.

Bei der Klage

Bockholt betrug die des Jahres 1930 9 401 auf 9 137, am 30. Juni 1931 auf 8 075 und werten also am 1. D weniger verfallene Jahres. Die als 15 v. H. Bei der Stadt Anhalt sowie Dingden und R nennenswerter

Starke Rüd

§ Bockholt, 18. Reichsanstalt für Versicherung ist der Krankenstellen im 751 000 zurückgegangen. August um 240 000, dieser Abnahme 579 000, Krankentrassen 85 000, Innungstrassen 20 000, gegenüber Ende September der Krankenstellen im Der Versicherungsstellen oder 84,2 v. H., der oder 83,9 v. H., im v. H. In Jahresfrist pflichtigen um 1 787 000 merkwürdiger ist, daß Ortskrankenstellen im Betriebskrankenstellen, aus diesen die Kosten zurückzuführen.

Bei der Klage

Bockholt betrug die des Jahres 1930 9 401 auf 9 137, am 30. Juni 1931 auf 8 075 und werten also am 1. D weniger verfallene Jahres. Die als 15 v. H. Bei der Stadt Anhalt sowie Dingden und R nennenswerter

Starke Rüd

§ Bockholt, 18. Reichsanstalt für Versicherung ist der Krankenstellen im 751 000 zurückgegangen. August um 240 000, dieser Abnahme 579 000, Krankentrassen 85 000, Innungstrassen 20 000, gegenüber Ende September der Krankenstellen im Der Versicherungsstellen oder 84,2 v. H., der oder 83,9 v. H., im v. H. In Jahresfrist pflichtigen um 1 787 000 merkwürdiger ist, daß Ortskrankenstellen im Betriebskrankenstellen, aus diesen die Kosten zurückzuführen.

Bei der Klage

Bockholt betrug die des Jahres 1930 9 401 auf 9 137, am 30. Juni 1931 auf 8 075 und werten also am 1. D weniger verfallene Jahres. Die als 15 v. H. Bei der Stadt Anhalt sowie Dingden und R nennenswerter

Starke Rüd

§ Bockholt, 18. Reichsanstalt für Versicherung ist der Krankenstellen im 751 000 zurückgegangen. August um 240 000, dieser Abnahme 579 000, Krankentrassen 85 000, Innungstrassen 20 000, gegenüber Ende September der Krankenstellen im Der Versicherungsstellen oder 84,2 v. H., der oder 83,9 v. H., im v. H. In Jahresfrist pflichtigen um 1 787 000 merkwürdiger ist, daß Ortskrankenstellen im Betriebskrankenstellen, aus diesen die Kosten zurückzuführen.

Bei der Klage

Bockholt betrug die des Jahres 1930 9 401 auf 9 137, am 30. Juni 1931 auf 8 075 und werten also am 1. D weniger verfallene Jahres. Die als 15 v. H. Bei der Stadt Anhalt sowie Dingden und R nennenswerter

Die Anträge für Gaben aus der Winterhilfe

Annell der Sammler

Verkaufszeit am goldenen Sonntage

Ein Wochenmarkt am kommenden Mittwoch.

Neuer Schiedsrichter

Neuer Schmuckstein

ng bekannt ist. Seitens der Schmuggler zeugt es vo
gana niedrigen Bestimmung, daß sie die Menn

schnell in den nächsten Laden; sie werden gleich
meist sie am

Starke Rückgang im Mitglieberstand

Bewert ist, daß der Rückgang der Mitglieder bei den

Der Verein für Heimatpflege Bocholt bittet.

~~_____~~

Rechtsanwalt Prof. Dr. Grimm (Effen), der

Das deutsch-französische Problem ist das zentrale
 Lem der Gegenwart des überall in den Büchern

Gebäude unserer Dienststelle:

s wird aus den „Annenfeld“ heraus-

Ein besonders fruchtbares Feld für die Vereinsart
die Wiederbelebung alter Weihnacht

1000

allischen Friedens. Die französische Politik ist ein

Der Redner gab weiter, einen umfassenden und
 Überblick über die französische Situation.

maxima und Dauerbelastung

ernwick.

gden.

Boholls Geschäfte sind für Weihnachten gerüstet

hede.

Jugendspielschar. Nochmals ladet die Jugendsp

illerbeck.

—

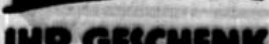
—

für die Woche vom 20.—24. Dezember 1931.

tags- und Abendmahlzeit beschränkt. — St. Jofe
ab 8 Uhr hl. Messen; 9.15 Uhr Hochamt; 10.30 Uhr

Evangelischer Gottesdienst.

10412)



Sind stets ein willkommenes Geschenk. Kaffee Hag ist coffeinfrei und für jeden jederzeit unschädlich. Selbst Kinder und Kranke dürfen ihn trinken.

Soll Kaffee Hag längere Zeit aufbewahrt werden, so wähle man die Vakuumdose. Sie ist luftleer und hält ihren Inhalt frisch wie am Tage der Röstung.

g auf dem „
istischen Au
Zusammenstoß m
ach den krimina
istischen Seite p
Mitwirkung vo
heitsmitgli